



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 100 Postulat Lüthold Angela und Mit. über die Lancierung einer Präventionskampagne zur Bekämpfung des Litteringproblems in der Luzerner Landschaft / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Angela Lüthold hält an ihrem Postulat fest.

Angela Lüthold: Die Bekämpfung von Littering entlang der Kantonsstrassen kann nicht nur Aufgabe der Gemeinden sein, sondern es betrifft mit den Kantonsstrassen auch den Kanton. Unbestritten ist, dass sich das Litteringproblem in den letzten Jahren verschärft hat, obwohl seit 2009 Sünder im Ordnungsbussenverfahren sanktioniert werden können. Aus der Stellungnahme des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass die Entsorgung des Abfalls schweizweit alle Gemeinden etwa 145 Millionen Franken kostet. Die Regierung will keine Kampagne machen, weil eine solche viel Geld kostet und der Nutzen nicht absehbar ist. Wenn es schweizweit 145 Millionen kostet, dann kostet es auch im Kanton Luzern einige Millionen. Wenn das meine Millionen wären, wäre ich sehr daran interessiert, dass das Littering gestoppt werden kann. Eigentlich müsste das Interesse aller Beteiligten wie dem Bauernverband und der Regierung viel höher sein, und man müsste auf mehr Kampagnen setzen. Das Littering-Verhalten steht in starkem Zusammenhang mit den persönlichen Werten und Präferenzstrukturen. Aber in meinen Augen ist es auch eine Erziehungssache. Welche Folgen Littering entlang der Kantonsstrassen auf Feld und Wiese für Tiere hat, muss ich Ihnen nicht erklären. Aludosen und Plastik sind für die Tiere gefährlich, herumliegende Abfälle können nicht mehr ins Recyclingsystem – also in den Stoffkreislauf – aufgenommen und wiederverwertet werden. Wie die Regierung sagt, hat man in Bezug auf Präventions- und Aufklärungsarbeit schon viel gemacht, zum Beispiel an den Schulen, mit der IG Saubere Umwelt, dem Bauernverband und Weiteren. Trotz dieser Massnahmen – den Bussen und den Kampagnen – tritt keine grosse Wirkung ein. Was ist in der Vergangenheit falsch gelaufen? Die Verantwortlichen müssen sich doch fragen, warum all diese Massnahmen keine Wirkung erzielt haben. Sind die Ordnungsbussen zu tief, oder wird dies restriktiv gehandhabt? Oder werden die Präventions- und Aufklärungsarbeiten nicht flächendeckend umgesetzt? Es ist eine Verbundaufgabe, für die alle Beteiligten an einen Tisch hocken müssen – Bund, Kantone, Gemeinden, Verbände und Schulen. Der Vorschlag von Valentin Arnold mit dem Depotsystem wäre wohl auch ein guter Lösungsansatz. Man konnte feststellen, dass einige Gemeinden Cleanup-Days gemacht haben und dies Wirkung gezeigt hat. Die Schulen und die Umweltschutzkommission haben diese durchgeführt. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt, und solche Tage sollten flächendeckend an allen Schulen auf allen Stufen gemacht werden. Wenn die Regierung in Aussicht stellt, mit allen Akteuren an einen Tisch zu sitzen, habe ich etwas Angst, dass dies im Sande verläuft. Darum halte ich an meinem Postulat fest, damit dies keine leere Worthülse bleibt. Ich bitte Sie, mein Postulat erheblich zu erklären.

Thomas Meier: Die Regierung hat in ihrer Antwort gut aufgezeigt, dass es schon ganz viele Präventionskampagnen gibt, sei das vom Bauernverband, den Gemeindeverbänden oder auf privater Basis, wenn die Landwirte auf ihrem Land Abfall aufhängen. Letzteres wirkt und sensibilisiert am meisten. Auch die Schulen machen Cleanup-Days, wie es Angela Lüthold erwähnt hat. Eine weitere Präventionskampagne wäre nicht zielführend und würde nur zusätzliche Kosten verursachen. Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Regierungsrat an und wird das Postulat teilweise erheblich erklären.

Hanspeter Bucheli: Littering ist eine Untugend und wurde jetzt bereits genügend erklärt. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich die Regierung in der Stellungnahme zu diesem Postulat ein wenig einfach gemacht hat und die Verantwortung auf die Gemeinden abschiebt. Sie hat das Gefühl, mit der Organisation eines runden Tisches sei es getan. Wir sind der Meinung, dass in Koordination mit den politischen Aktivitäten auf Bundesebene in dieser Sache griffigere Massnahmen gefragt sind. Aus diesen Gründen stimmt die CVP-Fraktion für die Erheblicherklärung.

Rahel Estermann: Ich war auch bei der von Paul Winiker erwähnten Velodemonstration gegen Littering dabei. Ich kann seine Beobachtungen im Renggloch bestätigen. Ich möchte aber noch anfügen, dass wir in Malterts einen Zettel bekommen haben, auf dem steht, wie lange es geht, bis gewisse Dinge verrotten. Für ein Papiertaschentuch braucht es zum Beispiel drei Monate, für einen Zigarettenstummel zwei Jahre, für eine Aludose oder einen Plastiksack 200 Jahre und für Petflaschen 500 Jahre. Es wäre auch interessant zu wissen, wie lange es für eine der zahlreichen herumliegenden Masken braucht. Diese starke Belastung unserer Umwelt will das Postulat von Angela Lüthold angehen, und zwar im Gegensatz zum vorherigen Vorstoss mit Prävention statt Repression. Diesen Ansatz begrüßen wir, wir wollen auch kein Überwachungsstaat werden wie Singapur. Als ich die Stellungnahme der Regierung auf das Postulat von Angela Lüthold gelesen habe, welche die teilweise Erheblicherklärung beantragt, habe ich vor allem Ausreden gelesen, warum der Kanton präventiv nicht mehr machen will: Es nütze nichts, die anderen würden schon genug machen, der Bund und die Gemeinden seien zuständig, und eine kantonale Kampagne könne man sowieso nicht an die lokalen Gegebenheiten anpassen. Als Rechtfertigung für die teilweise Erheblicherklärung muss dann ein runder Tisch herhalten. Das erinnert mich an vieles, was wir gestern gehört haben: viel Sympathie für das Anliegen, aber Nägel mit Köpfen will man nicht machen. Wir teilen die Bedenken von Angela Lüthold, dass der runde Tisch vielleicht doch versandet. Ja, Littering ist nicht einfach zu bekämpfen, und es ist unwahrscheinlich, dass wir mit einer Präventionskampagne das Problem lösen können, aber wir erwarten hier schon mehr Engagement. Den erwähnten Ausreden kann man entgegenen: Ja, andere machen schon etwas, aber offenbar nicht genug. Eine kantonale Kampagne kann man sehr wohl an lokale Gegebenheiten anpassen. Bezüglich der Wirkung von Kampagnen habe ich mir die Studien angeschaut, auf welche die Regierung verweist. Darin sind Beispiele von Massnahmen erwähnt, denen man sehr wohl eine Wirksamkeit zuschreibt. Valentin Arnold hat vorher schon das Beispiel des Depots genannt. Andere Beispiele sind Botschafterinnen und Botschafter aus Peer-Groups, eine verbesserte Entsorgungsinfrastruktur und ein optimiertes Verpackungsdesign. Es gibt viel Potenzial für eine wirksame Littering-Prävention, welche über die bisherigen Plakate hinausgeht. Ein präventiver Ansatz braucht Geduld und Durchhaltevermögen, aber genau darum braucht es diesen jetzt. Die G/JG-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats.

Simon Howald: In einem Punkt sind wir uns bestimmt einig: Littering ist seit vielen Jahren ein existierendes Problem sowohl in den Luzerner Agglomerationen als auch auf den Luzerner Landschaften. Dabei haben auch die im Jahr 2009 eingeführten Ordnungsbussen die Situation nicht wahrnehmbar verbessert. Zudem gestaltet sich der entsprechende Vollzug offensichtlich schwierig. Die GLP-Fraktion sieht in dieser Thematik neben den Gemeinden und den Gemeindeverbänden auch den Kanton in der Pflicht. Eine Koordination der Tätigkeiten liegt auf der Hand, das sieht der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ebenfalls. Deshalb begrüßen wir seine vorgeschlagene Rolle bei der Vernetzung aller mit der Bekämpfung von Littering beschäftigten Akteure. Dabei soll der Regierungsrat die

Aktivitäten des Bundes berücksichtigen und eine Koordinationsrolle im Kanton einnehmen. Es sollen dabei bestehende und neue Ideen für zusätzliche Massnahmen mit den involvierten Akteuren erarbeitet werden. Dabei wird sich zeigen, ob eine kantonsweite Kampagne mit den anderen Massnahmen als sinnvoll, effizient und effektiv hervorgehen wird. In diesem Sinn ist die GLP-Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung dieses Postulats.

Meta Lehmann: Littering ist ärgerlich und ein Problem, das sieht auch die SP-Fraktion so. Wir sehen jedoch auch, dass in diesem Bereich bereits sehr viel läuft. Wir haben es gehört: Die Schulen thematisieren das Anliegen und räumen mit den Kindern den Wald auf. Es gibt den Cleanup-Day, und an vielen Orten wird mit Plakaten und Piktogrammen auf das richtige Verhalten hingewiesen. Im Gegensatz zu vielen anderen Themen gibt es zum Littering zudem diverse Studien und Auswertungen, die zeigen, was die bereits durchgeführten Kampagnen gebracht haben, und ich bin der Meinung, dass wir uns auf diese Ergebnisse stützen sollten, wenn es darum geht, Lösungsansätze zu finden. Man weiss zum Beispiel, dass die Schweizer Bevölkerung eine starke Nicht-Littering-Haltung hat. Das bedeutet, dass allgemeine Präventionskampagnen nicht nötig sind, denn die Menschen wissen, dass man Abfall nicht einfach so wegwirft. Allerdings ist gemäss derselben Studie das Littering stark situations- und ortsabhängig. Das wiederum spricht für gezielte Massnahmen an neuralgischen Stellen und in Littering-affinen Situationen. Wo diese Problemorte liegen, wissen jedoch tatsächlich die Gemeinden am besten. Deshalb sollte die konkrete Initiative von den Gemeinden aus kommen. Ich wäre dafür, folgende Ansätze zu verfolgen: Im Einflussbereich des Kantons liegen die Ordnungsbussen. Diese sollten aktiver genutzt werden. Wenn Litterer systematischer gebüsst würden und wenn diese Bussen auch aktiv in den Medien kommuniziert würden, hätte das eher eine präventive Wirkung. Aludosen sind für Weidetiere gefährlich, wir haben es gehört, und ausserdem ist ihre Herstellung sehr energieintensiv. Es gilt zu verhindern, dass sie den Materialkreislauf verlassen. Deshalb muss es in Zusammenarbeit mit den Verkaufsstellen gelingen, auch noch die Minderheit der Personen zu erreichen, die Aludosen wegwirft, damit diese das Recyclingsystem nutzen. Alternativ muss schweizweit ein Pfand auf jede einzelne Aludose eingeführt werden. Schliesslich sollen die Gemeinden und ihre Abfallverbände an neuralgischen Orten grosszügig Abfalleimer aufstellen und diese regelmässig leeren. Wir leben nun einmal in einer Wegwerfgesellschaft, deshalb muss man den Leuten Möglichkeiten anbieten, wo sie ihren Abfall entsorgen können. Daneben erscheint der Mehrheit der SP-Fraktion die Vernetzung und Unterstützung der bereits aktiven Akteure zielführender als eine allgemeine Präventionskampagne. Deshalb unterstützen wir die teilweise Erheblicherklärung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es ist unbestritten: Littering ist ein Ärgernis, aber vor allem auch eine Respektlosigkeit gegenüber der Umwelt, der Natur und gegenüber den Menschen und Tieren. Unsere Sicht ist jedoch, dass noch eine weitere Kampagne nicht den erhofften Durchbruch bringen wird, wie Beispiele zeigen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass man weiterhin weitere Massnahmen anschauen und prüfen muss. Wir haben es gehört: Zielführend ist beispielsweise, Littering in Schulen zu thematisieren. Auch bei der Aktion von Regierungsrat Paul Winiker ging es darum, für dieses Thema zu sensibilisieren. Auch Abfall-Aufräumaktionen, seien sie von den Schulen oder von privaten Organisatoren durchgeführt, wie die Cleanup-Days von Trash Hero, von der IG Saubere Umwelt, den Schweizer Städten und auch auf der Landschaft, sind sinnvoll. Wie immer gibt es in unserem föderalistischen System eine Aufgabenteilung. Es sind der Bund, aber vor allem auch die Gemeinden, die hier von Gesetzes wegen im Lead sind. Auf Bundesebene ist aktuell die Motion 19.400 von FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois im Nationalrat und im Ständerat überwiesen worden. Er hat den Bundesrat beauftragt, weitere Massnahmen gegen das Littering zu ergreifen. Es lohnt sich, allfällige Massnahmen mit den Massnahmen des Bundes und den Gemeinden abzustimmen. Wir sehen, dass viele Akteure an der Arbeit sind, und wir wollen keine Doppelspurigkeiten aufgleisen. Als Kanton können wir den Beitrag leisten, alle Akteure an einen Tisch zu holen und die Aktivitäten zu koordinieren. Das wollen wir so oder

so machen. Wenn ich jetzt die Diskussion verfolgt habe, dann muss es einen ganzen Strauss von Massnahmen sein, die zu prüfen sind. Es geht um ein Depotsystem, es geht um die Höhe von Bussen im Sinn der Abschreckung, und es geht um Kampagnen, die es auch braucht. Die Frage ist, wer diese auf welcher Ebene machen soll. Ich finde die Aktion des Bauernverbandes sehr gut. Es braucht weitere Sensibilisierung. Man muss aber auch dort anfangen, wo der Abfall entsteht, beispielsweise bei den ganzen Verpackungsmaterialien. Wenn man dort beginnt, wäre das auch für den Umgang mit den Ressourcen wertvoll. Dass Migros und Coop einen Preis von 5 Rappen für ein Plastiksäckli eingeführt haben, hat einen Wahnsinnseffekt gehabt. Es werden viel weniger Säckli gebraucht. Es braucht viele verschiedene Massnahmen. Der Kanton ist jedoch nicht im Lead, aber wir sehen für uns darin eine wichtige Aufgabe. Es ist auch für uns ein grosses Ärgernis. Ich bitte Sie, den Antrag der Regierung zu unterstützen und das Postulat teilweise erheblich zu erklären. So oder so werden wir dies intern mit der als Postulat erheblich erklärten Motion M 118 abstimmen.

Der Rat erklärt das Postulat erheblich.